



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

land dankbar zu seinem Kaiser aufschaut, der ihm an einem Tage soviel geschenkt hat, und daß es noch niemals an seinem Geburtstage so warm und freudig wie diesmal in den Ruf eingestimmt hat: Heil dem Kaiser!



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Regungen des Partikularismus. Fürst Bismarck hat sich seit seinem Rücktritt in verschiedenen Ansprachen weniger an seine preußischen Landsleute als an die Angehörigen der andern deutschen Stämme gewandt und sie zu einer lebhaftern Bethätigung ihrer Teilnahme am Reich gemahnt. Der Grund dafür soll hier nicht weiter erörtert werden. Sein Rücktritt hat offenbar weniger auf Preußen als auf die andern Glieder des Reichs gewirkt, vielleicht weil in Preußen das staatliche Gefüge fester und das dynastische Vertrauen gesicherter ist. Jedenfalls braucht der erste Reichskanzler den Preußen die Beteiligung an den Reichsangelegenheiten nicht besonders zu empfehlen, da sich diese der geschichtlichen Entwicklung gemäß von selbst bethätigt, und da der deutsche Kaiser niemals vergessen darf, daß er in erster Linie König von Preußen ist. Die an die andern deutschen Stämme gerichtete Aufforderung hatte ihren guten Grund. Das Bundesverhältnis im deutschen Reich beruht nicht auf der gleichen Macht der Gliedstaaten, das preußische Übergewicht ist einmal vorhanden, und dessen sollten wir uns freuen. Es bildet ein so mächtiges Bollwerk nach innen und außen, daß es von dem guten oder bösen Willen unabhängig ist. Abgesehen von gewissen Vorrechten Preußens in Bezug auf die Kriegsverfassung und die verfassungsmäßige Beibehaltung gewisser Steuern und abgesehen von der sogenannten *clausula Bajuvarica* sind die Rechte der Gliedstaaten gleich. Auf ihrer gegenseitigen Achtung ruht die innere Entwicklung des Reichs. In der Verfassung ist dem Bundesrat eine sehr wichtige Stellung zugewiesen. Er war auf dem gesetzgebenden Gebiet als eine Art Oberhaus, auf dem Verwaltungsgebiet als ein Ministerkollegium gedacht, das in seinen einzelnen Ausschüssen die Gesetze vorbereiten, ihre Anwendung durch Ausführungsvorschriften regeln und durch ein gewisses Vorschlagsrecht sogar bei der Besetzung wichtiger Ämter mitwirken sollte. Seine volle Macht hat der Bundesrat eigentlich nur in den Zeiten des norddeutschen Bundes entwickelt. Damals bestand die ganze Reichsregierung aus dem Präsidenten Delbrück und einem halben Duzend Räten. Die Entwürfe wurden in der Regel von Preußen, einzelne auch von andern Bundesregierungen ausgearbeitet, und die Ausschüsse des Bundesrats berieten diese Entwürfe sehr eingehend. Lieft man die Druckfachen des Bundesrats aus dieser norddeutschen Periode, so findet man ein reichhaltiges Material hervorragender Gesetzgebungs- und Verwaltungsthätigkeit. Fast jeder Ausschuß lieferte einen inhaltreichen schriftlichen Bericht. Die Berichte des braunschweigischen Gesandten Lieber, des hanseatischen Krüger u. a. werden in der staatsrechtlichen Litteratur einen dauernden Wert behalten. Durchmustert man dagegen die Druckfachen des Bundesrats aus neuerer Zeit, so wird man schwerlich mehr einen schriftlichen Bericht finden, höchstens einmal den gedruckten Antrag eines Ausschusses, und auch diesen in sehr seltenen Fällen verschieden von der Vorlage, die

fast ausnahmslos vom Reichskanzler ausgeht. Die Protokolle des Bundesrats sind rein formale Aufzeichnungen über den Hergang der Sitzung. Aus ihnen einen Schluß auf die Thätigkeit des Bundesrats zu ziehen, würde kein günstiges Ergebnis liefern. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß die große Eiche des Fürsten Bismarck alle die kleinen Pflänzchen, die sich an den festen Stamm gelehnt hatten, überwuchert und zerdrückt habe. Der Grund für diese verschwindende Thätigkeit des Bundesrats liegt vielmehr in der Schaffung der Reichsämtter. Aus dem kleinen Reichskanzleramt mit dem Präsidenten Delbrück, das eigentlich nichts anderes als die jetzige Reichskanzlei, d. h. das Bureau der Reichskanzlei war, entwickelte sich nach und nach das Reichsamt des Innern, das Reichspostamt, das Reichsjustizamt, das Reichsschatzamt. Das auswärtige Amt entstand aus dem preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten; das Reichsmarineamt und das Reichseisenbahnamt traten hinzu. Unter dem Reichsamt des Innern erhob sich das Gesundheitsamt und das Reichsstatistische wie das Reichsversicherungsamt. Auf allen Gebieten der Zuständigkeit des Reichs entstanden neue Behörden, und es ist nicht bloß ein Sprichwort, daß der, dem Gott ein Amt giebt, auch Verstand erhalte, sondern auch ein Erfahrungssatz, daß, wenn einmal eine Behörde geschaffen ist, sie sich bald einen Wirkungsbereich und eine Thätigkeit schafft. Die Reichsämtter entstanden in der Zeit der mächtigsten Herrschaft des Fürsten Bismarck, wo er mit einem Wink seinen Willen durchsetzte und jeder Gedanke, seine Macht zu teilen oder ihm eine Teilung der Arbeit zu seiner Entlastung zu ermöglichen, von allen Parteien, wenn auch aus verschiedenen Gründen, freudig begrüßt wurde. Die Reichsämtter entzogen dem Bundesrat seine Arbeit und seine Macht, ohne damit auch die Macht der Gliedstaaten einzuschränken. Wenn ein Reichsamt einen Entwurf aufzustellen hat, setzt es sich mit den hauptsächlichsten Bundesregierungen in Verbindung und sucht deren Zustimmung zu gewinnen. Es werden Sachverständige zugezogen, die den verschiedenen Bundesstaaten entnommen sind; die größern Staaten wissen ihre Wünsche auf diplomatischem Wege geltend zu machen, und wenn der Entwurf an den Bundesrat kommt, so ist in der Regel die Sache schon glatt, und die Wege sind ihm geebnet. Dem Publikum gegenüber steht es so aus, als ob die Einzelstaaten einer Vorlage des Reichskanzlers gegenüber nichts vermöchten. Es ist das aber nicht der Fall, nur der Bundesrat als solcher ist zurückgedrängt, und es ist wohl auch ein Unterschied, ob eine Sache schriftlich mit den größern Staaten verhandelt oder mündlich erörtert wird. Die Behörde, die den Entwurf aufgestellt hat, ist — um ein gemeines Bild zu gebrauchen — in der Vorhand; der Entwurf hat damit einen bestimmten Charakter erhalten, den man in einzelnen Stücken verbessern oder verschlechtern, aber nicht verändern kann.

Das alles hat sich bis zum Frühjahr 1890 vollzogen und ist seither nicht anders geworden. Allmählich erwuchs aber in den Bundesstaaten eine gewisse Abneigung gegen die Reichsämtter, obwohl auch hier die Mitglieder der einzelnen Regierungen ihre Vertretung finden, und jedenfalls würde es schwer fallen, neue Reichsämtter zu gründen, außer für solche Zwecke und Aufgaben, bei denen dem Kaiser gefehlt die volle Gewalt zusteht, wie in den Kolonien.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Zurückdrängung des Bundesrats zum Vorteil der Reichsämtter mehr und mehr zum Einheitsstaat neigt und dem Grundsatz des Bundesstaats widerspricht, und es mag sein, daß Fürst Bismarck, dessen Sturz nicht sowohl im Reich als in Preußen erfolgt ist, erst nach seinem Abgang entdeckte, daß dieser Entwicklungsgang der Reichsverfassung ihrem Geiste nicht entspreche. Daher die Mahnung an die einzelnen Gliedstaaten, nicht ruhig

dem Gange der Reichsmaschine zuzusehen, sondern thätig in sie einzugreifen. Aber der Rat hat leider nicht die Ausführung gefunden, die seines Urhebers würdig gewesen wäre. Für die reichstreuen Parteien war die Befolgung durch die geschilderte Entwicklung der Dinge erschwert. Für Parteien aber, die bisher als Hort des Partikularismus galten, bot er eine Handhabe zur Bekämpfung des Reichs. Die liberale Partei in Baiern, die widerwillig das Joch der Reichseinheit erträgt, macht seit Einberufung der Kammer seinem Ministerium das Leben schwer, indem es eine einflußreichere Thätigkeit im Bundesrat und eine größere Einwirkung auf die Reichspolitik verlangt. Sie rüttelt an der Grundlage, auf der sich bisher die Reichsverfassung entwickelt hat, und verlangt eine Einwirkung auf den Bundesrat für die Volksvertretung, während der Bundesrat doch nur die Vertretung der Regierungen darstellt. So wird ein Riß in die Einheit gemacht, den keine Staatskunst verkleistern kann, und es ist kein Zweifel, daß seither der Geist des Partikularismus in Süddeutschland weiter um sich greift. Während sich aber in Baiern das Ministerium bemüht, den bestehenden Zustand zu retten, tritt der württembergische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Mittnacht, ganz offen im Reichstag als Opponent gegen die Regierung des Kaisers auf und gewinnt dabei den Beifall der partikularistischen Parteien. Es war eigentümlich, aber im Zusammenhange klar, daß sich der Minister in demselben Grunde mit seinem demokratischen Landsmann begegnete, und keine Loyalitätserklärung durch den Reichsstaatssekretär, wie sie dem Herrn von Mittnacht in geschickter diplomatischer Weise zu teil wurde, vermag den Abgrund zu bekränzen, vor dem die mühevoll errungne Einheit schwebt. Denn Herr von Mittnacht brauchte ein gefährliches Argument, indem er deutlich hervorhob, daß Preußen bei Einbringung der Weinsteuern ein Württemberg angeblich gemachtes Versprechen gebrochen habe. Er hat damit das Vertrauen zu dem führenden Staat, das Fürst Bismarck als treuer Eckehard zu wahren bemüht war, zu erschüttern gesucht. In der Zeit des alten Bundestags und seit 1848 war es ein beliebtes Mittel der Metternich-österreichischen Politik, den kleinen Staaten mit der Perfidie Preußens angst zu machen, und dieses Mittel hat zum Unheil des deutschen Volkes jahrzehntelang versangen. Dieses Mittel wird jetzt wieder hervorgesucht. Bei aller Freiheit der Bundesglieder, vor dem Reichstag eine abweichende Meinung vorzutragen, eine solche Rede hätte nicht gehalten oder sie hätte verhindert werden müssen. Sie weckt aufs neue den Geist des Mißtrauens und zerftört den Einheitsgedanken in der Nation. Die Rede war inhaltlich nicht berechtigt, denn ein Reservatrecht Württembergs konnte der Minister nicht behaupten, bei den Unterhandlungen im Jahre 1870 war von Preußen auf die Anfrage Württembergs die Antwort gegeben worden, daß die Regierung eine Weinsteuern nicht plane. Eine solche Antwort konnte natürlich nicht für alle Ewigkeit gelten. Einem so klugen Manne, wie Herrn von Mittnacht, konnte die Bedeutung dieser Antwort nicht entgehen, um so weniger, als in den frühern Jahren sogar verfassungsmäßige Rechte Hamburgs und Bremens durch einen Druck des Reichs durch die Gesetzgebung beseitigt wurden. Damals wurde keine Klage von der Verletzung eines gegebenen Wortes laut, die Bürger der Hansestädte zeigten sich dem Reiche und Preußen gegenüber wohlwollender als jetzt Herr von Mittnacht. Kann man sich wundern, wenn in französischen Zeitungen schon die Rede davon ist, daß die süddeutschen Staaten auf eine Befreiung vom preußischen Joch warten?

In dem deutschen Volke lebt eine zentrifugale Neigung, die keiner Förderung, sondern der Bekämpfung bedarf. Der Kitt, der die deutsche Einheit geschaffen hat, war das Blut. Aber noch sind nicht fünfundsanzig Jahre vergangen, seit es auf

den französischen Schlachtfeldern geflossen ist, und schon regt sich mit dem allgemeinen Geiste der Unzufriedenheit der Geist der Zersplitterung. Es ist nicht das erstemal, daß die königlich württembergische Regierung mit der demokratischen Volkspartei zusammengegangen ist. Es ist schon betäubend, wenn sie sich diesen Luxus am Neesenbach gönnt; in Reichsangelegenheiten soll sie damit fernbleiben; wir wollen uns bei aller Anerkennung der Selbständigkeit der Gliedstaaten unsre Einheit nicht gefährden lassen.

Zukunftsbilder. Unser Jahrhundert ist seinem Ende nahe, und nicht lange mehr, so wird man seinen Nekrolog zu schreiben haben. Bei seinem Beginne hatte es noch einen sehr unselbständigen Charakter; er war ganz gegeben durch die Revolutionsereignisse, in denen sich die politischen Gedanken ausdrückten, die im vergangenen Jahrhundert entstanden waren, und die erst auf dem Wiener Kongreß — scheinbar endgiltig — besiegt wurden. Erst hier fängt sein eignes Leben an, zunächst ein Leben der Erholung und der Sammlung. Die wirtschaftlichen Kräfte konnten sich bethätigen, die Naturwissenschaften erweiterten ihr Gebiet und bearbeiteten es eifriger, und die technischen Erfindungen gestalteten das Gefüge der Gesellschaft allmählich um, in deren gebildeten Schichten der Nationalitätsgedanke, dort wo er nicht schon verwirklicht war, litterarische Nahrung erhielt und mit den Verfassungs-ideen, die aus der Revolutionszeit zurückgeblieben waren, zusammenschloß. In dem fast allgemeinen Ausbruch von Achtundvierzig, der ersten großen öffentlichen Kundgebung des Jahrhunderts, waren die konstitutionellen, die nationalen und die neu aufsteigenden sozialen Bestrebungen im unklaren Durcheinander vermischt. Dann erschienen die Männer, die aus diesem Chaos die rein politischen Aufgaben herausgriffen und lösten, die Nationalstaaten schufen, und das ist die unserm Jahrhundert durchaus angehörende, das Jahrhundert kennzeichnende That. Daneben verrichtete es, fast in seinem ganzen Verlaufe, im Orient ein andres Geschäft, das es aber — bisher wenigstens — nicht vollendet hat, die fortdauernde Verkleinerung der Türkei durch die Hand Rußlands. Gleichzeitig setzte es aber auch die Entdeckungsarbeiten fort, die lange geruht hatten; in den achtziger Jahren wurde Afrika unter die seefahrenden Völker verteilt, und gerade noch rechtzeitig hatten die Deutschen und die Italiener ihre Nationalstaaten gebildet, um bei dieser Verteilung mitreden zu können. Wir können unser Jahrhundert nennen: das der Nationalstaatenbildung, der Naturwissenschaften und der Technik, der sozialen Frage und der Verteilung Afrikas.

Das letzte Ereignis wird in seiner Wirkung gewöhnlich unterschätzt, und die, die ihm ihre Kraft gewidmet haben und noch widmen, werden gern als Kolonialschwärmer und Phantasten bezeichnet. Es ist aber für die Zukunft Europas und für das künftige Schicksal seiner großen Massen so wichtig wie irgend ein andres. Afrika ist dreimal so groß wie unser Erdteil, und so viele zur Unfruchtbarkeit verurteilte Strecken es auch enthalten mag, so bleiben doch unter allen Umständen noch immer ungeheure Gebiete übrig, die anbaufähig und sogar sehr üppig sind. Vorläufig scheinen nur die nördlichen und die südlichen Ränder für Arbeiter der weißen Rasse bewohnbar, alles andre ist gegenwärtiges oder künftiges Plantagenland, wo der Europäer Befehlshaber sein, nicht aber sich als Ackerbauer ansiedeln kann. Doch gerade darin liegt die Bedeutung Afrikas. Es ist, wenn man von den semitischen Eroberern und Sklavenhändlern absieht, bewohnt von einer Rasse, die sich nie und nimmer auf die Höhe der kaukasischen erheben kann, die seit Jahrtausenden, seit es eine Geschichte giebt, immer in einem Unterthänigkeitsverhältnis

zu ihr gestanden hat, und die sich auch ganz genau ihrer untergeordneten Rolle bewußt ist. Gewiß sind die einzelnen Stämme oder Stammesgruppen sehr verschieden von einander, und man findet hier die eine, dort die andre Begabung oder Geschicklichkeit, hier die eine, dort die andre wertvolle Charaktereigenschaft; auch an einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten fehlt es nicht, und es ist wahrscheinlich, daß die eindringende Kultur manche verborgne Anlage wecken und zur Geltung bringen wird. Trotzdem kann man schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß die Negervölker als Ganzes auf lange Zeit hinaus unter europäischer Herrschaft und Leitung zu stehen berufen sind, und daß sie der Europäer, wenn auch nicht mißbrauchen — wie es in der Vergangenheit so oft geschehen ist —, wohl aber gebrauchen können wird zu ihrem und zu seinem Vorteil. In den Negern bietet sich uns eine zahllose Menge von Arbeitern, die vielleicht einst die niedrigsten Berichtigungen in Europa selbst übernehmen, sicherlich aber in ihrer Heimat für unsern Nutzen wirksam sein werden. Sie werden die Bodenschätze Afrikas zu Tage fördern und dem überbevölkerten Mitteleuropa den Nahrungsausfall decken helfen. Auf den ersten Blick scheint damit etwas unsrer Landwirtschaft und unsrer Arbeiterbevölkerung sehr unangenehmes bevorzustehen. Für eine Nation aber, die ihren tropisch-afrikanischen Grundbesitz nicht einzelnen Großpflanzern anheimgibt, sondern von Staats wegen bebauen läßt — und die schlechten Erfahrungen, die Holland mit dem Monopolsystem auf den hinterindischen Inseln gemacht hat, beweisen nichts gegen die Möglichkeit einer glücklichen Lösung eines solchen Unternehmens —, hat eine Ausnutzung kolonialer Weizen- und Reisdomänen, die Schaffung einer Kornkammer und eines Fleischschatzes im dunkeln Erdteil nichts Bedenkliches. Sie wird dann auf dem ihr selbst gehörenden Grund und Boden das erzeugen lassen, was sie jetzt aus Rußland, Indien, Nordamerika beziehen muß, und was sie vielleicht nicht lange mehr mit ihren Industrieprodukten vorteilhaft bezahlen können wird. Denn alle diese Länder werden über kurz oder lang ihre eigne Großindustrie so ausdehnen, daß sie nur noch „Spezialitäten“ einzuführen brauchen, Kunstzeugnisse, die ihr eigenes Talent nicht herzustellen vermag. Frankreich mit seinem, in allen Geschmacksangelegenheiten unermüdlischen Erfindungsgeiste wird immer ausfuhrfähig sein; Deutschland dagegen ist keineswegs sicher, in einem Menschenalter verhältnismäßig eben so viel Absatz zu finden wie jetzt, besonders wenn die billige Arbeitskraft Ostasiens auf dem Markte erscheint, die schon heute, aus Indien wenigstens, die englischen Fabrikzeugnisse zu verdrängen beginnt. Gerade Deutschland also, dessen industrielle Eroberungen sehr in Gefahr sind, eingedämmt zu werden, während andererseits seine Bevölkerung rasch zunimmt, wird in den afrikanischen Besitzungen eine besonders wertvolle, ja, trotz aller Verbesserungen der Agrikulturtechnik in der Heimat, unbedingt notwendige Anlehnung schätzen lernen.

Durch die Fruchtbarkeit und die billige Arbeitskraft des dunkeln Erdteils wird die Menge unsrer Güter, die bisher unzureichend ist, um der Mehrzahl der Bevölkerung einen behaglichen Lebensstand zu verschaffen, vergrößert werden. Die heimische Industrie wird vorwiegend für den heimischen Bedarf erzeugen können, von ihren Erzeugnissen wird absolut und relativ mehr im Lande bleiben, und es wird genug vorhanden sein für alle, während jetzt Güter nach dem Auslande gehen, an denen viele Hunderttausende, ja Millionen Einheimischer Mangel leiden. Sie leiden aber Mangel, nicht nur weil die Menge aller oder der im Lande bleibenden Güter zu gering ist, sondern auch weil ihr Lohn zu niedrig ist, oder weil sie als Arbeitslose einen Lohn überhaupt nicht beziehen. Die Zahl der besitzlosen Bauern nimmt zu mit dem Wachsen der Bevölkerung, mit dem die Teilung des Bodens

nicht Schritt hält, und da die landwirtschaftliche Maschine die Verwendung dieser Besitzlosen als Landarbeiter überflüssig macht, strömen sie in die Städte, wo sie, weil die Industrie nicht alle beschäftigen kann, das Proletariat vermehren. Sollte hier wirklich nur die Sozialdemokratie helfen können? Nein. Die Hilfe liegt vielmehr in der reichlichen Schaffung kleiner Urproduktionsbetriebe. Die Zahl der Familien, die aus ihrem eignen Grund und Boden durch eigne Arbeit ihren Erwerb ziehen, muß möglichst gesteigert werden. Wie solche kleine Betriebe gedeihen können, lehrt Frankreich; und das Beispiel dieses Landes, wo trotz des Mangels jeder feststehenden Autorität die sozialdemokratische Partei schwächer ist als in Deutschland, zeigt den Wert eines zahlreichen Kleinbauernstandes auch für die konservative Entwicklung eines Volkes. Verhielte sich die erbgesessene französische Bourgeoisie nicht so ablehnend gegen gerechtfertigte finanz- und sozialpolitische Reformen, und wäre nicht andererseits die revolutionäre Überlieferung so stark, so würde Frankreich von der Sozialdemokratie vermutlich vollständig verschont bleiben. Den wirtschaftlichen Segen eines ausgedehnten Kleinbetriebs würde eine tüchtige Facherziehung der bäuerlichen Jugend und dann eine Vereinigung der benachbarten Betriebe selbstverständlich bedeutend erhöhen; und er würde nicht allein denen zu gute kommen, die auf diese Weise selbst zu Besitzern werden, sondern der gesamten arbeitenden Klasse. Denn der durchschnittliche Lohn der Handarbeit kann nie wesentlich den durchschnittlichen Gewinn aus der Bearbeitung des eignen Bodens übersteigen; dieser Gewinn ist die Grundlage für alle Lohnbemessung auf dem Markte von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage, und wenn er fällt, wenn infolge davon der kleine Grundbesitzer seinen undankbaren Boden verläßt und in die Stadt zieht, drückt dessen Konkurrenz alle Löhne herunter, wie sie alle steigen, wenn er zufrieden auf der Scholle bleibt.

Ist der heimische Boden bereit, die heimische Arbeitskraft zu beschäftigen, dann wird die fortschreitende Verbesserung der Maschinen alle Vorteile ohne ihre Nachteile entfalten können; die Zahl der Urproduzenten wird wachsen und wird der Industrie als konsumierende Menge gegenüberstehen, statt sich, wie bisher, unter ihre Hilfsarbeiter, und zwar zum Teil vergebens, zu drängen. Insofern aber wird der Urproduzent sich mit der Verarbeitung einzelner seiner eignen Erzeugnisse beschäftigen können, als neben die Dampfkraft mehr und mehr die Elektrizität tritt, die gewerblichen Betriebe im Kleinen ermöglicht, und unter deren Einfluß vielleicht manche alte wirtschaftliche Sitte, wie z. B. die, im Hause zu spinnen, wieder aufleben wird. Die Änderungen in der Technik sind es in erster Reihe, die die Änderungen in den wirtschaftlichen Einrichtungen herbeiführen, und die Elektrizität, diese feinfingrige Fee, wird manchen Knoten lösen, den der Riese Dampf zusammengeballt hat. Aber auch die politischen Umwälzungen wirken auf das wirtschaftliche Leben ein, und gerade das Bedürfnis nach Erweiterung der konservativen Volksschicht wird zu der Schaffung eines zahlreichen Kleinbesitzerstandes mit Notwendigkeit führen. Das dauernde Vorherrschen der Latifundienwirtschaft und die ungeschwächte Erhaltung der Großbauernwirtschaft ist unmöglich; es geht nicht an, daß Millionen von Menschen vom Besitze ausgeschlossen und allesamt auf die Lohnarbeit angewiesen werden, die in diesem ungeheuren Maße nicht geboten werden kann. Es geht schon im Interesse der Besitzenden selbst nicht an, weil man damit den Boden für Unruhen zurechtpflügt, deren Umfang und Gefährlichkeit sich noch gar nicht voraussehen läßt; es geht aber auch im Interesse der Menschlichkeit nicht an, die verlangt, daß das Vaterland allen die Möglichkeit biete, zu leben und sich zu betätigen. Die kräftig betriebne, alle Fortschritte der Wissen-

schaft benutzende Kleinkultur, nicht als ausschließliche Betriebsform — denn jede Einförmigkeit ist vom Übel —, wohl aber als ausreichend gepflegte, wird diese Möglichkeit herbeiführen. Wir können getrost sagen: sie wird, denn das Eintreten dieser Reform ist unvermeidlich; die außerordentlichen Anstrengungen der Staaten auf militärischem Gebiete werden sie über kurz oder lang dazu nötigen, die Volkskraft auf diese Weise zu heben und besser auszunutzen als bisher.

Und so werden die Thaten und die Leiden unsers Jahrhunderts zusammenwirken, um dem nächsten ein neues und hoffentlich ein besseres und friedlicheres Antlitz zu verleihen. B. M.

Zur Charakteristik Goethes als Politiker. „Die Wahrheit ist, daß sich Goethe überhaupt zu keiner bestimmten, in sich zusammenhängenden Staatslehre bekannte; er war das gerade Gegenteil von dem, was der politische Doktrinarismus in seiner Zeit und seit seiner Zeit mit so großen Ansprüchen zu fordern begann. Es gehört daher zu dem Schwierigsten und Gewagtesten, eine Charakteristik des Dichters in dieser Beziehung zu geben.“

Jeder, der seinen Goethe ein wenig gelesen hat, wird diese Stelle in der neuesten Schrift von Ottokar Lorenz*) bereitwillig unterschreiben. Damit ist nun aber nicht gemeint, daß der Dichter nicht in bestimmten Zeiten über bestimmte politische Fragen ein sehr bestimmtes politisches Urteil gehabt habe; er hat es nur sehr selten ausgesprochen, besonders selten in der Zeit vor der französischen Revolution. Doch führt auch Lorenz, der über diese frühere Zeit rasch hinweggeht, eine Äußerung Goethes aus dem Jahre 1775 an „über den Unwert der Freiheitsideen, von denen alle Welt erfüllt sei.“ Der Dichter konnte sich damals in Korsika die Menschen nur unter despotischer Herrschaft glücklich denken. Bei erneutem Lesen seiner Briefe aus dem Jahre 1782 sind uns aber ein paar Stellen aufgefallen, die uns wenigstens für diese Zeit eine Charakteristik Goethes als theoretischen Politikers wohl zu gestatten scheinen.

Da ist zuerst der längst bekannte Brief an den Geschichtschreiber Johannes von Müller vom 26. Juli 1782. Goethe dankt darin Müller für seine Schrift „Die Reisen der Päpste,“ worin sich der Verfasser, wie Goethe sagt, des „dreifach gekrönten Oberhauptes“ annimmt, „dessen Vorfahren, ohne es ordentlich zu verdienen, von der Welt angebetet werden, und der nun, ohne es verschuldet zu haben, seinen eignen Kindern zum Gespötte wird.“***) Man vergegenwärtige sich Anlaß und Zweck jener Schrift. 1782 im Frühjahr hatte Papst Pius VI. seine Reise nach Wien unternommen, um den Kaiser zur Zurücknahme seiner kirchenpolitischen Reformen zu bestimmen. Mannichfache Eingriffe Josephs in die Reichskirchenverfassung hatten aber auch die geistlichen Fürsten des Reichs mißtrauisch gegen den Kaiser gemacht, die weltlichen Stände, Preußen an der Spitze, fürchteten seine hohen Pläne, wie sie schon 1779 hervorgetreten waren. So waren denn ihre Sympathien beim Papst. Müller aber war in Diensten des Kurfürsten und Erzbischofs von Mainz, des Erzkanzlers des Reichs. Überdies schrieb er seiner Überzeugung gemäß, die viele — unter andern z. B. Friedr. Heinr. Jacobi — mit ihm teilten: daß das größte aller politischen Übel weltliche Despotie und eine Universalmonarchie nach Art der römischen von den Zeiten des Augustus an sei;

*) Goethes politische Lehrjahre. Ein in der achten Generalversammlung der Goethegesellschaft gehaltener und erweiterter Vortrag mit Anmerkungen, Zusätzen und einem Anhang: Goethe als Historiker. Berlin, Herb., 1893.

**) Goethes Briefe (Weimarer Ausgabe), II, S. 15.

nach einer solchen schien ihnen Joseph zu streben. Auf der andern Seite war der Kaiser bei dem, was er that, doch von den löblichsten Absichten beseelt, es war auch ganz im Sinne der Gebildeten von Deutschland; vernünftige Zustände in Staat und Kirche erschienen vor allem wünschenswert, ziemlich gleichgiltig dagegen erschien es, daß sie auf Kosten alterwürdiger Rechte und Freiheiten und mit sehr gewaltfamen Mitteln geschaffen werden sollten. Die Schrift von Müller, die das Papsttum als das geistige Prinzip dem materiellen der weltlichen Gewaltherrschaft entgegenstellte und die wohlthätige Wirksamkeit einzelner großen Päpste des Mittelalters enthusiastisch pries, konnte darum in weiten Kreisen keine Anerkennung finden; im Gegenteil, sie erregte heftiges Mißvergnügen, nur die litterarischen Gegner des herrschenden Aufklärerwesens — es gab deren wenige von Bedeutung — erkannten sie an, Politiker an deutschen Fürstenhöfen mochten sie für nützlich halten, auch wenn sie innerlich dem Papsttum keineswegs die große Geistes- und Friedensmission zuzuerkennen geneigt waren, die ihm der Verfasser so emphatisch beilegte.

Hören wir nun, wie sich Goethe darüber vernehmen läßt. „So wenig — sagt er — wir uns dem Strome der Zeit entgegenstellen können, so ist es doch immer um der Einzelnen willen gut, wenn eine Stimme dem Beifall widerspricht, den das Menschengeschlecht oft Handlungen und Begebenheiten zujuchzt, die sie ins Verderben führen. Und wer eine Anlage hat, Klug zu werden, mag's nächst dem Leben in der Geschichte suchen.“ Das also erkennt Goethe, daß die Josephinischen Reformen, auch dort, wo sie Heiliges verletzten, von der Strömung des Zeitalters getragen wurden; er meint auch, daß diese Strömung unaufhaltbar sei, das heißt nichts anders, als daß die Einrichtungen, die ihrem Sinn und Wesen entgegen waren, vernichtet werden und verschwinden würden. Aber er scheint doch weit entfernt, diese Strömung zu billigen oder sie gar als einen Fortschritt zu verherrlichen. Die Handlungen, die Begebenheiten, von denen er spricht, können nur auf die kirchenfeindlichen Maßregeln des Kaisers gedeutet werden, die Welt juchzt ihnen zu, aber sie führen ins Verderben. Was hernach von der Publizistik und Geschichtschreibung des neunzehnten Jahrhunderts wohl gesagt worden ist, daß die Nichtachtung aller geschichtlichen Rechte und selbst der ehrwürdigsten Einrichtungen, deren sich die absoluten Herrscher von Ludwig XIV. bis auf Friedrich und Joseph schuldig gemacht haben, die Revolution vorbereiteten, ja sie in einem gewissen Sinne recht eigentlich heraufführten, das spricht doch Goethe hier, wie uns scheint, sehr deutlich aus. Auch was er dann vom Klugwerden durch Leben und Geschichte sagt, ist der gemeinen Ansicht seines Zeitalters sehr entgegengesetzt, denn dieses sah in dem vernünftigen Denken die Quelle aller Weisheit auch für Staatslenker und ihre Gehilfen.

Welch ein wichtiges Zeugnis zur Charakteristik Goethes als Politiker ist also dieser Brief! Es wundert uns, daß Lorenz gar nicht auf ihn verwiesen hat. Man könnte meinen, weil sein Inhalt auf Goethe als Handelnden, als praktischen Staatsmann kein Licht wirft. Gewiß, im Herzogtum Weimar war keine Gelegenheit, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, da gab es keinen Kirchenstreit, die Reformen des Fürsten bewegten sich auf einem Gebiete, wo ein Konflikt mit dem Persönlichen nicht leicht entstehen oder doch nicht von grundsätzlicher Bedeutung werden konnte. Aber Lorenz widmet doch auch den „Ansichten“ Goethes ein Kapitel, auch sind es hauptsächlich die Übergriffe des Kaisers gegenüber deutschen Bistümern gewesen, die zur Bildung des Fürstenbundes führten, und Lorenz verbreitet sich ausführlich über den Anteil, den Goethe daran genommen hat, er macht es sogar wahrscheinlich, daß die Idee zu diesem Bunde im Haupte des Dichters entsprungen

sei. Und gerade für die Zeit vor der Revolution sind die Zeugnisse für Goethes politisches Denken und Meinen so spärlich!

Die zweite Stelle, auf die wir hier aufmerksam machen wollen, findet sich in einem Briefe an Lavater vom 9. August 1782. *) Dieser Brief ist namentlich bezeichnend für das damalige Verhältnis Goethes zur christlichen Religion, der Dichter berührt darin das Geheimnis der Menschwerdung und die Wunder des Neuen Testaments, er legt seine Auffassung des Evangeliums dar. Wir gehen aber darauf nicht näher ein, uns interessirt nur folgende beiläufige Äußerung: „Nimm nun, lieber Bruder, daß es mir in meinem Glauben so heftig ernst ist, wie dir in dem deinen, daß ich, wenn ich öffentlich zu reden hätte, für die nach meiner Überzeugung von Gott eingesetzte Aristokratie mit eben dem Eifer sprechen und schreiben würde, als du für das Einreich Christi schreibst, müßte ich nun“ u. s. f. . . . Das weitere hat keine Beziehung mehr auf unsern Gegenstand.

Wenn das Urteil Goethes über die Reisen der Päpste im Grunde nur eine objektive geschichtliche Würdigung der Zeitströmungen enthält, so haben wir hier ein positives politisches Bekenntnis: der Dichter würde, sagt er, für die Aristokratie eintreten, wenn er öffentlich zu reden hätte. Er hält sie also ohne Zweifel für gut und nützlich; er bezeichnet sie aber auch als von Gott eingesetzt, also auf der heiligsten Berechtigung ruhend, nicht auf bloßer Annahme und Willkür.

Das ist nun aber wieder durchaus dem entgegengesetzt, was die Mehrheit der Zeitgenossen meinte und glaubte. Ob Monarchie oder Republik die bessere Staatsform sei, darüber durfte man geteilter Ansicht sein, Männer von sehr vorgeschrittener Denkart meinten, daß in alten und großen Staaten nur die Monarchie von Dauer sein könne; „Republiken — sagte Schlözer in Göttingen einmal — sind gut für Menschen, die mit einander grasen.“ Auch war streitig, ob es besser wäre, wenn die gesamte Staatsgewalt in einer Hand oder wenn sie geteilt wäre. Aber darüber war unter den Gebildeten jener Tage kein Zweifel, daß die Aristokratie an und für sich etwas Ungereimtes und Verwerfliches sei. Neben denen, die durch den Selbsterhaltungstrieb darauf angewiesen waren, für die Aristokratie einzutreten, hatte sie nur wenige vornehme Geister zu Verteidigern, die fern von der Heerstraße des Jahrhunderts wandelten. Zu diesen gesellt sich hier ausdrücklich Goethe.

Freilich bedürfen jene Worte des Dichters noch eines Zusatzes, wenn man sie recht verstehen will. „Republiken hab ich gesehen — sagt er später in den Xenien —, und das ist die beste, die dem regierenden Teil Lasten, nicht Vorteil gewährt.“ Gewiß, wenn er bereit gewesen wäre, die Aristokratie zu verteidigen, so war er doch weit entfernt, ihr Wesen in den Vorrechten zu sehen, deren sie sich erfreut, ein bezeichnendes Merkmal von ihr sah er vielmehr in ihren höhern Verpflichtungen, und wenn sie sich dieser entschlug, so erkannte er ihr auch keine Berechtigung zu. Später hat er ja auch — gerade so wie Tocqueville und Taine — eine der Hauptursachen der französischen Revolution in der Pflichtvergessenheit der herrschenden Klassen gesehen. Das betont auch Lorenz sehr eindringlich und verweist dabei auf Viktor Hahn's geistvollen Nachweis, daß Goethe einen scharf ausgeprägten Sinn für die ständische Gliederung der Gesellschaft hatte, was auch in den Personen seiner Dichtungen überall zum Ausdruck kommt. Die Revolution war ihm hauptsächlich eine Auflösung der politischen Stände. Etwas anders ist es jedoch, die Erscheinung in ihrer geschichtlichen Bedeutung erkennen, etwas anders,

*) N. a. D., S. 36.

sie billigen. Die Briefstelle an Lavater enthält eine ausdrückliche Billigung der gesellschaftlichen und politischen Gliederung in dem vorrevolutionären Europa.

Es kommt uns nicht in den Sinn, mit diesen Zeilen etwa Lorenz ein „Übersehen“ vorhalten zu wollen; er kannte diese Stellen, die uns bei einem zufälligen Lesen der Goethischen Briefe vom Jahre 1782 aufgefallen sind, gewiß; andre werden uns vielleicht belehren, daß es solcher Äußerungen des Dichters auch vor der Revolution noch mehr giebt. Man kann sein Leben lang Goethe lesen und wird — je nach seinem jeweiligen Entwicklungsstande, seinen Interessen und Absichten — immer wieder neues bei ihm finden. „Es ist das Meer da — wer erschöpft es!“

E. G.

Mittelschulen. Aus den Grenzboten habe ich in meinem Leben schon so viel Vernünftiges gelernt, daß es mir eine große Freude macht, auch die Grenzboten einmal belehren zu können. In der ans Schwarze Bret des vorletzten Heftes genagelten Verfügung des preussischen Kultusministeriums an die Oberpräsidenten bemerke ich ein Fragezeichen hinter den Worten: Schulen mittlerer Kategorie. Ich erlaube mir hierzu folgende Auskunft zu geben. Von dem Vater dieser Verfügung stammt höchst wahrscheinlich auch der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittlern Schulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen,“ der in vergangener Woche dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen ist. § 1 dieses Gesetzes lautet: „Mittlere Schulen im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen Unterrichtsanstalten, welche allgemeinen Bildungszwecken dienen und welche weder zu den höhern Schulen, noch zu den öffentlichen Volksschulen, noch zu den Fach- und Fortbildungsschulen gehören.“ In der Begründung wird dann weiter ausgeführt: „Im Jahre 1892 gab es im preussischen Staate an öffentlichen mittlern Schulen: 215 Mittelschulen, 191 höhere Mädchenschulen, 59 Rektorschulen, Vorschulen u. s. f., die weder zu den höhern Lehranstalten noch zu den öffentlichen Volksschulen gehörten.“ Dem Entwurfe liegt also folgende Mustertaxifikation zu Grunde: Mittlere Schulen: 1. Mittelschulen; 2. höhere Mädchenschulen; 3. Rektorschulen u. s. f. Ebenso gut könnte natürlich ein Quartaner disponiren: Mittlere Gebirge: 1. Mittelgebirge; 2. höhere Gebirge u. s. f.

Was wird aber nun mit dieser Bezeichnung bezweckt? Das liegt auf der Hand. Wird der Entwurf Gesetz, so wird selbst die zehnklassige preussische Mädchenschule mit drei akademisch gebildeten Lehrern zur mittlern Schule oder, kürzer gesagt, zur Mittelschule, deren Begriff durch die Allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 bestimmt ist. Die Grenzboten werden nun ermeßen können, welche für einen Sachsen kaum glaubhaften Pläne die preussische Schulbürokratie unter einem einfachen Komparativ zu verdecken weiß. Alle öffentlichen höhern Mädchenschulen sind von den Gemeinden mit den größten Opfern für ihre Töchter gegündet und gepflegt worden. Wie der Entwurf mehrfach hervorhebt, will der preussische Staat auch in Zukunft keinen roten Pfennig für diese Anstalten hergeben. Aber dabei wagt es die Schulbürokratie, dem Abgeordnetenhaus zuzumuten, die höhere Mädchenschule von ihrer ohne Staatshilfe erreichten Höhe herunterreißen zu helfen.

Jüdische Moral und christlicher Staat. Unter diesem Titel wird von Dr. Edmund Friedemann ein Schriftchen verbreitet, das sich zur Aufgabe macht, nachzuweisen, daß die Juden befähigt und berechtigt seien, teilzunehmen und mitzuarbeiten am christlichen Staat, sofern man darunter nicht die „Begründung des

Gottesreichs in bestimmt dogmatischem Sinn, sondern die Verwirklichung der christlichen Sittenlehre in der menschlichen Gesellschaft" verstehe. Die Beweisführung, die sich in nichts über das Gewöhnliche und längst Bekannte erhebt, ist zunächst eine negative, indem sie bestimmte, nach des Verfassers Ansicht häufig mißverständliche Lehren des Judentums, die ihm zum Vorwurf gemacht werden, ins richtige Licht stellen will (besonders durch Hinweis auf die Zeit der Entstehung solcher Lehren, und dann durch Vergleichung mit den Grundsätzen anderer Völker); zweitens eine positive, indem sie auf Vorzüge des Judentums und der jüdischen Lehre aufmerksam macht, wobei besonders die sozialpolitische Seite der mosaischen Gesetzgebung mit ihren menschenfreundlichen Bestimmungen, z. B. dem Hall- oder Jubeljahr, besprochen wird. Daß es sich der Verfasser nicht entgehen läßt, die Abneigung vieler abendländischen Juden gegen schwere körperliche Arbeit auf die Gesetzgebung zurückzuführen, die die Juden „bis in unser Jahrhundert hinein“ vom Handwerk ausgeschlossen habe, ist selbstverständlich. Den größern Teil der Schrift nimmt die Zurückführung der Bergpredigt auf ihre jüdischen Quellen ein, ein Auszug aus dem Werke: *Les origines du Sermon de la Montagne par Hippolyte Rodrigues*. Paris, 1868. In rein äußerlicher Weise werden da geschäftig zusammengesuchte Sprüche des Alten Testaments und des Talmud den betreffenden Lehren der Bergpredigt gegenübergestellt, Sprüche, die sich überdies häufig mit ihrem Gegenüber wenig decken und in ihrer Zusammenhangslosigkeit ganz vergessen lassen, daß die Bergpredigt ein systematisches Lehrgebäude ist, dessen einzelne Teile nicht auseinandergenommen werden können, und das sich in bewußten Gegensatz zu dem stellt, „was zu den Alten gesagt ist.“

Auf dem grünen Umschlag des Heftchens wird noch die „Kollektion Kronbach“ empfohlen, die es sich zur Aufgabe macht, „den Antisemitismus nicht durch Streitschriften und Belehrungen zu widerlegen, sondern durch Vorführung gemütvoller Bilder aus dem Thun und Treiben der Juden zu bekämpfen.“ Daß es dabei nicht immer ganz gemütvoll hergeht, läßt der Titel des vierten Bandes ahnen, der lautet: „Der Herr Hopprediger hat gesagt.“ Trotzdem scheint der Hauptnachdruck auf das humoristische Gebiet gelegt zu sein, denn wir lesen: „Bd. I. Aus dem Notizbuch des Onkel Jonas, Humoresken aus dem jüdischen Leben,“ und im zweiten Band kommt eine Erzählung „Die fideles Alten.“ Wer denkt da nicht an den *Hebraicus jocosus* aus den fliegenden Blättern?



Litteratur

Erinnerungen von Julius Mosens. Fortgeführt, erläutert und herausgegeben von Dr. Max Fischommler. Nebst einem Vorwort von Dr. Reinhard Mosens. Plauen i. V. F. E. Neupert, 1893

Die reizenden, leider unvollständigen Jugenderinnerungen, die Julius Mosens aufzuzeichnen begonnen hatte und die zu seinen letzten Arbeiten gehören, sind zwar in der Sammlung seiner „Werke“ von 1880 veröffentlicht worden, aber es fehlt viel, daß sie auch nur in der engen Heimat des Dichters, in Sachsen, allgemein bekannt wären. Ebenso sind die „Beiträge zu Julius Mosens Erinnerungen“ des